

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der CDU-Fraktion „Freiwilligendienste wertschätzen und stärker unterstützen“ (Drucksache 6/4217)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag schätzt die Freiwilligendienste im Land Brandenburg. Mit den verschiedenen Angeboten im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres, des FSJ Kultur, des FSJ im Bereich Denkmalpflege, des FSJ im Sport und des FSJ in der Politik sowie des Freiwilligen Ökologischen Jahres und des Bundesfreiwilligendienstes ist mittlerweile eine breit gefächerte Struktur unterschiedlichster Einsatzfelder entstanden.

Nach einem erfolgreichem Schul- oder Berufsabschluss bieten vor allem die freiwilligen sozialen Jahre für junge Menschen ein gutes Angebot zum Ausprobieren und zum Orientieren. Hier erhalten sie einen Einblick in das Berufsleben und es wird die Berufsorientierung unterstützt. Der Bundesfreiwilligendienst wird darüber hinaus zunehmend von älteren Menschen und Senioren in Anspruch genommen. In den Einsatzstellen erwerben alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer wertvolle soziale Kompetenzen. Die Einbeziehung von in Brandenburg lebenden Flüchtlingen in die Freiwilligendienste ist dem Landtag ein besonderes Anliegen, trägt dies doch zu einer gelingenden Integration bei und vermittelt zusätzliche soziale Kontakte.

Der Landtag bittet die Landesregierung daher:

1. sich mit den Trägern der unterschiedlichen Freiwilligendienste über weitere Unterstützungsmöglichkeiten abzustimmen,
2. Gespräche mit den Kommunen, Verkehrsdiensteanbietern sowie kulturellen Einrichtungen zu führen und dort für eine angemessene Ermäßigungen für freiwillig und ehrenamtlich Tätige zu werben,
3. Schulabgängern Informationen über die Möglichkeit von Freiwilligendiensten in Brandenburg in angemessener Weise zur Verfügung zu stellen,
4. Ausgehend von den bundesrechtlichen Rahmenbedingungen bei den Einsatzstellen für eine verstärkte Einbeziehung junger Flüchtlinge in die Freiwilligendienste zu werben,
5. über Seniorenverbände für eine noch stärkere Einbeziehung von Menschen im Ruhestand in die Freiwilligendienste zu werben,

6. zusammen mit anderen Bundesländern eine Bundesratsinitiative zu prüfen, mit dem Ziel, länderübergreifende Ansprüche auf verbindliche Vergünstigungen für die Freiwilligendienste zu erwirken.

Begründung:

Freiwilliges Engagement ist für unser Gemeinwohl unverzichtbar, es wird meist gemeinschaftlich und kooperativ ausgeübt, es fördert das zwischenmenschliche Zusammenleben und gewährleistet eine gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Menschen, die sich in ihrer Freizeit für andere engagieren, sind in vielen Bereichen tätig, so zum Beispiel zur Unterstützung von Familien und Kindern, in Sport- und Kulturvereinen, bei freiwilligen Feuerwehren, im Zivil- und Katastrophenschutz, im Tier- und Umweltschutz.

Die Gesellschaft wird künftig mehr denn je auf engagierte Bürger angewiesen sein. Die Wege und Möglichkeiten, die engagierte sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger bereits nutzen können, um ihr Wissen sowie ihr Können in den Dienst der Gemeinschaft einzubringen, sind sehr vielfältig. Eine besondere Form des bürgerchaftlichen Engagements stellen die Freiwilligendienste dar. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher und freiwilliger Verantwortung weiter zu stärken, aber auch angemessen zu fördern.

Freiwilliges Engagement bietet vielfältige Chancen und bereichert sowohl die freiwillig Tätigen als auch diejenigen, die von deren Leistungen profitieren.

Neben vielen Senioren, stellen insbesondere auch Jugendliche und geflüchtete Menschen eine große Zielgruppe freiwilligen Engagements dar. Dies sollte im Hinblick auf die Herausforderungen der nächsten Jahre schnellstmöglich aktiviert werden. Mit dem Bundesfreiwilligendienst bietet sich zudem die Chance, Flüchtlinge, die länger in Deutschland bleiben können, möglichst schnell in unsere Gesellschaft zu integrieren. Beim gemeinsamen Gipfel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik im Bundeskanzleramt am 24. September 2015 wurde beschlossen, bis zu 10.000 zusätzliche Stellen im Bundesfreiwilligendienst für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive zu schaffen. Im offiziellen Beschlussdokument heißt es unter 4.4: „Das große ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger wird gestärkt, indem bis zu 10.000 zusätzliche Stellen für den Bundesfreiwilligendienst geschaffen werden, die Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive ebenfalls offen stehen.“

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE